

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 29. Jänner 1988

Blatt 147

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Wiener Landtag (154-158)
- Wiener Gemeinderat (160ff.)
- Terminvorschau vom 1. bis 14. Februar 1988 (148/149)
- Keine Langeweile in den Semesterferien (150)
- Neue Ausgabe der Gemeinde-Zeitung erschienen (151)
- Mayr: Bei Mischek-Kredit folgt Wien dem Bund (153)
- Brückenabbrucharbeiten in der Wienerbergstraße (159)
- Fahrbahnreparatur auf der Praterhochstraße (nur FS)

### Kultur:

- Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand (151)

### Wirtschaft:

- Holdingfirma GUSTANA bietet neues Salatservice (152)

**Terminvorschau vom 1. bis 14. Februar 1988**

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 1. bis 14. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

**MONTAG, 1. FEBRUAR:**

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

**DIENSTAG, 2. FEBRUAR:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

**MITTWOCH, 3. FEBRUAR:**

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an Baumeister Dipl.-Ing. Ferdinand Schindler (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

10.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch StR. Sallaberger an Oberamtsrat Kurt Zillinger (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

18.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl über Gaswerke, Paradis-Mandl (19, Paradisgasse 6)

**DONNERSTAG, 4. FEBRUAR:**

10.00 Uhr, Verlegung des 3.000sten km Gasrohr, StR. Hatzl

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Messe

**FREITAG, 5. FEBRUAR:**

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Dr. Josef Lovecek und Reg. Rat Hildegard Waissenberger (Arb.-Zimmer, Bgm.)

**MONTAG, 8. FEBRUAR:**

10.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding, Baderweiterung Oberlaa

10.00 Uhr, Eröffnung des Mieterbetreuungslokals George-Washington-Hof (12, Unter-Meidlinger Str./Ecke Köglerstr., Ahornhof, Stiege 1, Tür 3)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

**DIENSTAG, 9. FEBRUAR:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Komm.-Rat Dkfm. Kurt Biak, Prof. Oscar Deleglise und Prof. Dr. Georg Schreiber (Steinerner Saal I, Rathaus)

**MITTWOCH, 10. FEBRUAR:**

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Waltraud Haas, Ida Krottendorf, o. Hochschulprof. Maximilian Melcher und Kammerschauspielerin Gusti Wolf (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW“ (in der HBW)

**DONNERSTAG, 11. FEBRUAR:**

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Vizepräs. Komm.-Rat Friedrich Wiesel, Dr. Robert Müller, Dior. Gerold Wächter und Friedrich Frey (Steinerne Saal I, Rathaus)

19.30 Uhr, Eröffnung des Mieterbetreuungslokals Rabenhof durch StR. Edlinger (3, Baumgasse 33-37/Stiege 34/Tür 1 und Tür 4)

FREITAG, 12. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Carlo Schveri (Arb.-Zimmer, Bgm.)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

SAMSTAG, 13. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Eröffnung Mieterbetreuungslokal Svoboda-Hof durch StR. Edlinger (19, Geistingergasse 2/Stiege 1/Tür 3)

SONNTAG, 14. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Volks(schi)langlauf a. d. Jesuitenwiese (Prater)

(Schluß) ger/gal

Forts. von Blatt 148

## **Keine Langeweile in den Semesterferien**

**Beim Ferienspiel gibt es Pantomime,  
„Hallo Nachbar“, Sport und „Müllionäre“**

Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Bestimmt keine Langeweile haben jene Kinder, die die Semesterferien in Wien verbringen. Das 4. Semesterferien-Spiel des Wiener Landesjugendreferates bietet ein reichhaltiges und interessantes Angebot für die Woche vom 31. Jänner bis 7. Februar.

### **Wie kommen die Löcher in den Käse?**

Das ist eine Frage, die die Aktion „Hallo Nachbar“, die diesmal im Zeichen der Schweiz steht, beantwortet. Die „Schweizer“ Veranstaltungen finden von 1. bis 5. Februar im Jugendzentrum Wienerberg, 10., Neilreichgasse 115, und im Jugendzentrum Hirschstetten statt, wo eine Uhrenskulptur gebaut wird. Eine Woche lang bietet „Hallo Nachbar“ Kindertheater, Singspiele, Filme, Tänze und Bücher aus unserem Nachbarland. Vom 1. bis 5. Februar vermittelt der Schweizer Jean-Jaques PASCAL Kindern was Pantomime bedeutet. Jeden Nachmittag sind die Ferienspieler zum Zuschauen und Mitmachen in den Wappensaal des Rathauses eingeladen.

### **„Müllionäre gesucht“**

Um die Umweltproblematik geht es bei der Aktion „Müllionäre gesucht“. Was mit dem Wiener Müll geschieht, erfährt man bei einer Fahrt mit dem Umweltbus zum Rautenweg. Treffpunkt für diese Aktion, die vom 1. bis zum 4. Februar stattfindet, ist die Stadtinformation, jeweils um 8.30 Uhr.

Mehr als 35 interessante Programmangebote stehen den Kindern beim Semesterferienspiel zur Verfügung. Die Veranstaltungen sind fast durchwegs kostenlos. Informationen gibt es beim Ferienspiel-Telefon unter der Nummer 42 800/4100 DW. (Schluß) jei/bs

## **Neue Ausgabe der Gemeinde-Zeitung erschienen**

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Die erste Ausgabe dieses Jahres der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“, des Organs des Österreichischen Städtebundes, erschien heute, Freitag.

In einem Grundsatzartikel beschäftigt sich Univ.-Prof. DDr. Kurt GALLEN mit dem Thema Verwaltungsreform und der Frage, ob aus juristischer Sicht die Einführung von Spitzenbeamten auf Zeit, wie sie in letzter Zeit mehrmals gefordert wurde, überhaupt möglich ist.

Mit zu Unrecht empfangenen Leistungen befaßt sich Georg GAISBAUER, ehemaliger Strafreferent der Bezirkshauptmannschaft Braunau, in dem Artikel „Der Übergenuß im Beamtenrecht“.

Dr. Martin DOLP von der Umweltschutzabteilung der Tiroler Landesregierung schreibt über die „Gemeinde im Bürgerbeteiligungsverfahren“, einem Thema, das sich mit der Regierungsvorlage zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG 1950) ergeben hat.

Universitätsprofessor Dr. Gerhard VOGEL, der sich in Wien mit Umweltschutzfragen schon profiliert hat, beschäftigt sich schließlich mit dem Thema „Die Gewinnung von marktkonformen Altstoffen durch die Altstoffsammlung und -aufbereitung“.

Die Gemeinde-Zeitung ist beim Verlag „Jugend & Volk“, 1153 Wien, Anschützgasse 1, Tel. 87 25 15/90 bis 94 erhältlich. (Schluß) roh/bs

## **Wien - Ein Stadtführer durch den Widerstand**

**Wiener Vorlesungen: „Widerstand in Wien“**

Wien, 29.1. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN präsentierte am Donnerstag abend im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses das neuerschienene Buch „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand“ (Böhlau-Verlag). Im Anschluß daran fand im Rahmen der Wiener Vorlesungen eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Minister a. D. Franz KREUZER zum Thema „Widerstand in Wien“ statt. An der Diskussion nahmen Sektionschef i. R. Ferdinand KÄS, Dr. Wolfgang LAUBER, der Autor des Buches „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand“, die Architektin Margarete SCHÜTTE-LIHOTZKY, Dr. Ella LINGENS, Dr. Wolfgang NEUGEBAUER und die Historikerin Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL teil. (Schluß) fk/gg

### **Holdingsfirma GUSTANA bietet neues Salatservice**

Wien, 29.1. (RK-WIRTSCHAFT) Ein neues Salatservice für Haushalte und Gastronomie bietet die Holdingfirma GUSTANA an. In Zusammenarbeit mit einer deutschen Firma wird die Idee verwirklicht, Salat gewaschen und geschnitten in Frischhaltebeuteln auf den Markt zu bringen. Derzeit erzielt das Unternehmen damit bereits einen Jahresumsatz von 10 Millionen Schilling, nach dem Ausbau einer neuen Produktionsstätte in Inzersdorf rechnet man bereits im ersten Geschäftsjahr mit einer Umsatzsteigerung auf rund 20 Millionen Schilling. Die Investitionskosten der neuen Produktionsanlage liegen bei rund 14 Millionen Schilling.

### **1987 war für die Firmengruppe WIGAST/GUSTANA erfolgreich**

Die Unternehmensgruppe WIGAST/GUSTANA verzeichnete im Geschäftsjahr 1987 in allen Geschäftsbereichen gute Betriebsergebnisse, gab WIGAST-Geschäftsführer Günther WÖSS am Donnerstag abend bei einem Pressegespräch bekannt. Der Umsatz stieg um fast 14 Prozent auf 650 Millionen Schilling. Der Mitarbeiterstand nahm um rund 35 Prozent auf 950 zu. Die Unternehmensgruppe tätigte im vergangenen Jahr 97,5 Millionen Schilling Investitionen, für heuer sind Investitionen im Gesamtausmaß von mehr als 170 Millionen Schilling geplant. (Schluß) fk/bs

## **Mayr: Bei Mischek-Kredit folgt Wien dem Bund**

**Auch Niederösterreich verzichtet**

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Im heutigen Wiener Gemeinderat soll ein Darlehen der Stadt Wien an die Firma Mischek Fertigteilbau in der Höhe von 22 Millionen Schilling in nicht rückzahlbare Zuschüsse umgewandelt werden. Dazu stellte Vizebürgermeister Hans MAYR gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß das Vorgehen der Stadt Wien in dieser Frage immer mit den anderen Partnern, dem Bund und dem Land Niederösterreich, abgestimmt wurde.

Die Firma Mischek kam Anfang der 80er Jahre in wirtschaftliche Schwierigkeiten — damals ging es um 1.200 Arbeitsplätze und vor allem um 1.670 Wohnungen, für die die Benutzer schon wesentliche Anzahlungen geleistet hatten. In einer gemeinsamen Aktion Bund, Wien und Niederösterreich wurden Anfang der 80er Jahre im Verhältnis 50 : 36,93 : 13,07 Prozent Darlehen an die Firma Mischek gewährt. Durch diese Aktion — und das Vorgehen einiger Banken — konnten die negativen Auswirkungen für die Wohnungsbenutzer und die Beschäftigten abgewendet werden.

In den folgenden Jahren wurde das Sanierungsziel bei der Firma Mischek im wesentlichen erreicht — allerdings zeigte es sich, daß die Darlehensrückzahlung nicht möglich ist. Der Bund verzichtete bereits 1984 auf die Rückzahlung des Darlehens, die Stdt Wien verlängerte den Rückzahlungszeitpunkt auf Ende 1987. Im Jahr 1986 kam es zu einem neuerlichen Ersuchen von Mischek auf Nicht-Rückzahlung. Die Stadt Wien ließ daraufhin einen Prüfbericht erstellen, der zu folgendem Ergebnis kam: Das Sanierungsziel wurde erreicht, in den nächsten 5 Jahren sind jedoch Ersatzinvestitionen von 75 Millionen notwendig, die aus Eigenfinanzierungskraft nur möglich sind, wenn die öffentlichen Darlehen nicht rückgezahlt werden müssen.

Die nun vorgeschlagene Darlehensumwandlung — die vom Bund bereits seit langem durchgeführt wurde — bewirkt eine weitgehende Beseitigung der Überschuldung und gibt der Firma eine Chance zur Erlangung der Eigenständigkeit. (Schluß) sei/bs

## Wiener Landtag

### Fragestunde

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL zu einer Sitzung zusammen. Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), weshalb das Kollegium des Wiener Stadtschulrates 1987 trotz anderslautender Ankündigungen lediglich einmal zusammengetreten sei, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Kollegium tatsächlich 15mal zu Sitzungen der Sektionen und Untersektionen sowie des Plenums zusammengetreten ist. Um die Arbeit auch künftig rasch voranzubringen, habe er veranlaßt, daß in der heutigen Sitzung der Landesregierung die Kollegiumsmitglieder neu bestellt werden, was aufgrund des Ergebnisses der Landtagswahl notwendig wurde.

Auf die Zusatzfrage, ob der Landeshauptmann als Präsident des Stadtschulrates dafür Sorge tragen werde, daß das Kollegium im Plenum und nicht nur in den Sektionen und Untersektionen zusammentritt, antwortete Zilk, daß im Unterschied zum Gemeinderat und seinen Ausschüssen verbindliche Beschlüsse des Stadtschulrates auch in den Sitzungen der Sektionen und Untersektionen gefaßt werden können.

Auf eine weitere Zusatzfrage, ob weiterhin personalpolitische Fragen die Themen der Sitzungen sein werden, antwortete Zilk, daß er glaube und hoffe, daß vor allem die Fragen der Entwicklung der Hauptschule und der Allgemeinbildenden Höheren Schulen sowie die Objektivierungsfrage im Mittelpunkt der Beratungen stehen werden. Die ersten Arbeiten in diese Richtung haben ihn sehr ermutigt, sagte Zilk.

LABg. Mag. KAUER (ÖVP) erkundigte sich nach der Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung am neuen Bundesamtsgebäude in der Dampfschiffstraße. StR. SALLABERGER (SPÖ) erklärte, die Bevölkerung und die Stadt Wien hätten bisher keine Möglichkeit gehabt, in das Projekt direkt einzugreifen. Die Stadt Wien habe jedoch vorgeschlagen, ein Gutachterverfahren durchzuführen. Dabei gebe es allerdings rechtliche Probleme. Die Stadt Wien werde jedenfalls versuchen, alle Möglichkeiten zu nutzen und die Mitwirkung der Bevölkerung über die Bezirksvertretung sicherzustellen.

LABg. Mag. ZIMA (SPÖ) fragte nach den Stand der Arbeiten an einem neuen Disziplinarrecht für die Beamten der Stadt Wien. StR. SALLABERGER (SPÖ) erläuterte, er könne sich vorstellen, daß sich die Gemeinderäte aus der Vorsitzführung zurückziehen. Sie könnten von Beamten übernommen werden. Dafür gebe es Vorbilder im Bundes-Disziplinarrecht. Entsprechende Verhandlungen mit der Personalvertretung laufen derzeit. Der Landtag wird sich voraussichtlich im März mit dem neuen Disziplinarrecht befassen.

LABg. Dr. STEYRER (SPÖ) fragte nach dem Stand der Auszahlung von öffentlichen Leistungen nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) antwortete, daß an 330 Gemüseproduzenten 34 Millionen Schilling nach dem Strahlenschutzgesetz und 8 Millionen nach dem Katastrophenfondsgesetz ausbezahlt wurden. Wien sei damit in Österreich beispielgebend. Für andere Erzeuger und Händler, zur Abgeltung deren Forderungen erst relativ kurz die notwendigen Verordnungen vorliegen, laufen derzeit Prüfungen. Bei der Milchwirtschaft wurden Vorauszahlungen geleistet.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HAAS (SPÖ), welche Auswirkungen das Bewertungsänderungsgesetz 1987 auf die Finanzen der Stadt Wien hat, sagte LH-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß die derzeitige Praxis der Bestimmung der Einheitswerte von Grundstücken unbefriedigend ist. Durch den langen Zeitraum zwischen den Zeitwertbestimmungen ist es

nicht möglich, der unterschiedlichen Wertentwicklung der Grundstücke gerecht zu werden, was sowohl für die Steuerpflichtigen wie auch für die Gebietskörperschaften unbefriedigend ist. Für die Stadt Wien gibt es aus diesem Grund einen auf den Realwert der Einnahmen bezogenen Entfall, der mit rund 320 Millionen Schilling im Jahr zu beziffern ist. Wünschenswert wäre die Möglichkeit einer jährlichen Neubewertung der Grundfeststellungswerte. Eine entsprechende Änderung müßte auf Bundesgesetzebene initiiert werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. FUCHS (ÖVP), aufgrund welcher rechtlichen Grundlage die städtische Wohnhäuserverwaltung im Dezember 1987 bei der städtischen Wohnhausanlage 21, Schliemanngasse 25, auf den monatlichen Mietzins mit der Begründung der Lärmstörung wegen Instandsetzungsarbeiten verzichtet hat, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß diese Grundlage mit dem Paragraphen 1.096 des ABGB gegeben ist. Die Stadt Wien wendet diesen Paragraphen auch in anderen Fällen an.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. DAMPIER (SPÖ), wie er zu einer eventuellen Verlängerung der Mietzinsbefugnisse steht, sagte StR. Edlinger, daß er generell in einer einheitlichen Bundesgesetzgebung auf diesem Gebiet eine gute Lösung sieht. Sollte es zur Verlängerung kommen, so ist an die Frage der Mietzinsbildung auch die der Mietermitbestimmung als wichtiges Element anzuknüpfen. Weiters bezeichnete Edlinger den Wohnwert von Wohnungen als Zentralfrage der Mietzinsbildung und sprach sich gegen eine weitere Kostensteigerung für Mieter in Altbauten aus.

Auf die diesbezügliche ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte StR. HATZL (SPÖ), es habe über die Freigabe der Wien bisher vorenthaltenen Straßenbaumittel aus dem Budget 1987 Gespräche mit den zuständigen Bundesdienststellen gegeben, die bisher nicht sehr erfolgreich gewesen seien. Auf die Frage, ob Hatzl bereit sei, im Falle einer weiteren Vorenthaltung dieser Mittel den Rechtsweg zu beschreiten, sagte dieser, man habe die Chance, durch eine Aufstockung des Budgetanteils für 1988 eventuell eine Kompensation für 1987 zu erlangen.

Die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) beschäftigte sich mit den Maßnahmen zur Einhaltung von „Tempo 30“ in den dafür ausgewählten Gebieten. StR. HATZL erklärte, daß die Kompetenzen zur Überprüfung der Tempoeinhaltung im wesentlichen im Bereich der Bundespolizeidirektion lägen. Bezüglich der Beschilderung habe die Stadt Wien einen legislatischen Änderungsvorschlag an das Bundesministerium für Verkehr übermittelt, der noch nicht berücksichtigt worden sei. Die derzeitige Lösung sei unbefriedigend.

Zur ZEHNTEN ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP) über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Umfahrungsstraße Hetzendorf, erklärte StR. HATZL, daß derzeit die magistratsinterne Bearbeitung erfolge. Die generelle Planung sei in der Fertigstellungsphase, man könne aber wissenschaftliche Ergebnisse, z. B. über die Entlastung des betroffenen Stadtgebietes, nicht vorwegnehmen.

#### **Novelle zum Anstaltengesetz**

Ohne Debatte wurde die Novelle zum Krankenanstaltengesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) verwies als Berichterstatter darauf, daß durch diese Novelle die Höchstzahl der systemisierten Betten in Wien auf 13.811 beschränkt werde. Die Novelle bringe weiters Vorteile für Begleitpersonen von Patienten in den städtischen Krankenhäusern.

#### **Dringliche Anfrage der ÖVP**

Die ÖVP-Abgeordneten Dipl. Kfm. Dr. Heinz WÖBER und Mag. Dipl.-Ing. Roderich REGLER brachten eine Dringliche Anfrage an Finanzstadtrat

Forts. von Blatt 154

Forts. auf Blatt 156

Hans MAYR (SPÖ) über die Auswirkungen einer Teilnahme Österreichs am Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft auf das Land Wien ein.

Die Dringlichkeit der Anfrage begründe sich durch die Aktualität des Themas, betonte LAbg. Dr. WÖBER. Die Europäische Gemeinschaft plane bis 1992 die Vollendung des Binnenmarktes, das heißt, die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten; Freiheit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Wien müsse sich darauf vorbereiten, Wien müsse aber auch innerösterreichisch entscheidend mitreden. Es gelte nun, die Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf Wien zu untersuchen. Es nütze nichts, sagte Wöber, die Randlage von Wien und der Ostregion zu bebauern, es müsse zeitgerecht gehandelt werden.

LAbg. Dr. KABAS (FPÖ) erklärte, daß für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft Vorbereitungen zu treffen seien, dabei allerdings schon sehr viel Zeit versäumt worden sei. Eine klare Entscheidung für einen Vollbeitritt zur EG sei von der Bundesregierung bisher nicht getroffen worden. So sei es etwa eine „Selbsttäuschung“ der ÖVP, daß die Teilnahme am Binnenmarkt der EG der Schlüssel für den Eintritt in die Gemeinschaft sei. Vielmehr sei es umgekehrt, sagte Kabas. Die SPÖ zeige zwar eine offenere Haltung, lasse aber ebenfalls Zeit verstreichen.

Weil 60 Prozent der österreichischen Exporte in den EG-Raum gehen und überdies die Bereitschaft der EG für eine Aufnahme Österreichs vorhanden sei, müsse man sich jetzt für einen Beitritt zur EG entscheiden. Dr. Kabas brachte einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem die Landesregierung ersucht werden soll, entsprechende Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen. Neben vielen Vorteilen eines EG-Beitrittes, wie etwa ein modernes Ladenöffnungskonzept oder eine Aufwertung Wiens im Ost-West-Handel, sei der Endzweck vor allem die Europa-reife Österreichs, schloß Kabas.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) betonte, daß es wichtig sei, Vor- und Nachteile eines EG-Beitrittes genau zu prüfen. Es sei damit zu rechnen, daß die EG dazu übergehen werde, den Protektionismus zu verstärken, was vor allem die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelproduktion und das Normungswesen beeinflussen würde. Am Bemühen, an einem großen Markt teilnehmen zu können, führe kein Weg vorbei. Auf einen Beitritt zu verzichten, könnte auch bedeuten, daß große internationale Konzerne darauf verzichten, in Österreich zu investieren und stattdessen ihr Geld in EG-Ländern ausgeben. Nachteile eines Beitritts könnten eine Einengung des Handlungsspielraums der Bundesregierung sowie Nachteile im Handel mit dem Comecon sein. Der Wettbewerb würde steigen, was wohl positiv für die Konsumenten wäre, aber zu einer Belastung für die Unternehmer würde. EG-Unternehmen würden auf den Österreichischen Markt drängen. Ähnlich seien die Auswirkungen auf regionaler Ebene, zum Beispiel Wien. Der Handlungsspielraum für Wirtschaftsförderungen, Bauwesen, Umweltschutz und Ausschreibungen würde eingeengt. Im Sog von Arbeitskräften aus den westlichen Bundesländern, die in andere Länder der EG abwandern, könnten qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Osten des Landes nachrücken. Schwierigkeiten im Reiseverkehr mit östlichen Ländern seien nicht auszuschließen, und es bestehe auch eine Gefahr für das österreichische Bankgeheimnis. Dennoch wolle sich auch die SPÖ in den nächsten Jahren intensiv mit diesem Problemkreis befassen und dabei nicht zuletzt auch die Frage von Auswirkungen auf die Neutralität prüfen.

LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) wies darauf hin, daß ein möglicher Beitritt Österreichs zur EG auch für das Land Wien große Chancen, aber auch gewisse Risiken birgt. Mit der Einführung des umfassenden Binnenmarktes im Bereich der EG im Jahr 1992 sind der freie Warenverkehr, der ungehinderte Personenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit und die Niederlassungsfreiheit sowie der freie Kapitalverkehr im gesamten EG-Raum verbunden, sagte Regler. Das Land Wien muß bereits jetzt diesbezüglich

Forts. von Blatt 155

Forts. auf Blatt 157

Überlegungen und auch Vorkehrungen treffen, um für diese wirtschaftliche Herausforderung gerüstet zu sein und die nötige Infrastruktur bereitzustellen. Weiters sind etwa durch die geplanten Harmonisierungen am Agrarmarkt, im Lebensmittelrecht und im Steuersystem weitere Herausforderungen für die Mitgliedsstaaten zu erwarten, denen — im Falle eines Beitrittes — auch Österreich und damit Wien gewachsen sein müssen. Die nötigen Schritte seien bereits jetzt zu setzen.

Die Gründung eines EG-Ausschusses des Wiener Gemeinderates regte LAbg. NETTIG (ÖVP) an. Man müsse die Wiener Wirtschaft, aber auch die Verwaltung für den EG-Beitritt rüsten, um die große Chance steigender wirtschaftlicher Dynamik, neuer Impulse und neuer Herausforderungen zu nützen. Wien müsse mit verbesserter Infrastruktur, ausgebauten Informations- und Kommunikationssystemen, Erleichterungen für das unternehmerische Handeln und einer Entbürokratisierung für den europäischen Markt attraktiv gestaltet werden. Der EG-Beitritt bedeute für die Wiener Betriebe mehr Anpassung und mehr Konkurrenz; es müsse deshalb bessere Möglichkeiten geben, das vorhandene Innovationspotential zu nutzen und die Außenorientierung der Wiener Wirtschaft zu verstärken. Es sei eine große kommunalpolitische Aufgabe, hier wirtschaftsgerechte und tatgerechte Unterstützung zu leisten.

StR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) verwies darauf, daß die Freizügigkeit der Europäischen Gemeinschaft auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt habe. Es gehe daher darum, das Arbeitsrecht, das Sozialversicherungsrecht zu harmonisieren. Welche Folgen und welche Auswirkungen dieser freie Arbeitsmarkt auf Österreich haben werde, ist noch nicht ausdiskutiert. Aber es sei anzunehmen — Engelmayer zitierte ein Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstitutes —, daß die Wanderung der Arbeitnehmer innerhalb der EG nicht von rechtlichen Vorschriften, sondern von Arbeitsmarktmechanismen geprägt werde. Die Ab- und Zuwanderung von Arbeitnehmern hänge damit also von der Konjunktur ab. In diesem Zusammenhang sprach sich Engelmayer „als Demokrat und Europäer“ gegen Tendenzen aus, die Ausländerfeindlichkeit und die Anti-Gastarbeiter-Parolen zu fördern.

LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) brachte als neue Facette zur Diskussion über den EG-Beitritt die Chancen der Weltausstellung in Wien ein. Es gelte, die Nachteile der Randlage zu überwinden, und es sei sicherzustellen, daß die Europäische Gemeinschaft bei dieser Weltausstellung in Wien präsent sei.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) stellte fest, daß es grundsätzlich sehr nützlich sei, über einen Beitritt zur EG zu diskutieren. Allerdings seien die Voraussetzungen für die Behandlung als dringliche Anfrage nicht gegeben, weil sich Österreich noch nicht für einen vollen Beitritt zur EG entschieden hat. Vielmehr habe die EG derzeit eigene Probleme und zeige an einem Beitritt Österreichs wenig massives Interesse.

Mayr sagte, daß er bei der Österreichischen Landeshauptleutekonferenz auf die beträchtlichen regionalen Unterschiede hinsichtlich der Auswirkungen eines EG-Beitritts hingewiesen habe. Dieser würde das bereits bestehende wirtschaftliche Ost-West-Gefälle weiter verstärken.

Außerdem sei folgendes zu bedenken: Es würde völlige Gewerbefreiheit und damit hoher Konkurrenzdruck für die Wirtschaft entstehen, was eindeutig den bisherigen Argumenten der ÖVP-Wirtschaftsvertreter widersprechen würde, die etwa in Wien eine Einschränkung des Hotelneubaus forderten. Die vorbildliche österreichische Berufsausbildung als ein Befähigungsnachweis für die Ausübung eines Gewerbes würde in Österreich nicht für Ausländer gelten. Eine Reihe von Arbeitsverfassungsbestimmungen würde geändert. Beispielsweise müßte auch das Lohnniveau auf den EG-Standard angehoben werden. Offene Ausschreibungen würden

Forts. von Blatt 156

Forts. auf Blatt 158

Forts. von Blatt 157

auch Auftragsvergaben an ausländische Firmen ermöglichen und bisherige Wettbewerbsvorteile österreichischer Unternehmen beseitigen. Allein elf Milliarden Schilling müßte Österreich als Beitragsleistung an die EG aus der Umsatzsteuer zahlen. Drei Milliarden Schilling Steuereinnahmen würden durch den Entfall der Getränkesteuer beseitigt. Ebenfalls beseitigt werden müßten die Mineralölsteuer und verschiedene Genußmittelsteuern. Dieser hohe Steuerentfall müßte in Kauf genommen werden, um gleiche Wettbewerbsverhältnisse mit der EG zu schaffen. Weiters müßte das Reinheitsgebot für die Bierindustrie absolut eingehalten werden, die Exportförderung müßte neu geordnet, und hohe Importzölle müßten drastisch gesenkt werden. Ein Beitritt zur EG würde außerdem wettbewerbsverzerrende Subventionen verbieten. Die Ansiedlung von General Motors in Wien oder die Rettung der Ankerbrotfabrik wären unter diesen Voraussetzungen unmöglich gewesen.

Mayr sprach sich für ein Nahverhältnis zur EG aus, wies aber darauf hin, daß die zu erwartenden Schwierigkeiten nur gemeinsam bewältigt werden sollten. Mayr erwartet sich etwa die Mithilfe der ÖVP auch bei der Umnutzung von Flächen für die Weltausstellung, bei der sich die EG nach Wunsch der ÖVP präsentieren sollte. Er erwartet sich auch die Unterstützung der ÖVP bei der Streichung von Förderungen für die Wirtschaft.

In Beantwortung der dringlichen Anfrage erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, daß bereits Studien über die Auswirkungen eines EG-Beitrittes beim Bund vorliegen und daher keine landeseigene Studie notwendig ist. Weiters könnte ein entsprechender Maßnahmenkatalog nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Situation erstellt werden, wobei ohnedies bereits zahlreiche Werbemaßnahmen für die österreichische Wirtschaft im Ausland erfolgen. Ferner wird die EG-Integration keine Impulse auslösen, die eine Erweiterung des Investitionsplanes der Stadt Wien notwendig machen. Weiters werden grundsätzlich alle in Frage kommenden Aussteller für eine Weltausstellung angesprochen werden. Es werde, so Mayr, keine neue Dienststelle geschaffen, die Vorkehrungen für einen möglichen EG-Beitritt treffen soll. Eine Enquete zu diesem Thema scheint derzeit nicht notwendig. Änderungen von Vorschriften im Bereich der Wiener Stadtverwaltung, etwa bei der Vergabeordnung, werden nicht früher als erforderlich erfolgen. Schließlich sind nur wenige landesgesetzliche Bereiche mit EG-Normen zu harmonisieren, sodaß bei Gesetzesvorlagen nicht entsprechende Regelungen der EG in den Erläuterungen angeführt werden.

Mayr stellte abschließend fest, daß Europa für Österreich und Wien ohne Zweifel eine Schicksalsfrage sei. Man dürfe nicht erwarten, sich die „Rosinen“ herauszusuchen zu dürfen, ohne auch die Mühen, die in mehr Leistung und Konkurrenz liegen, zu tragen. Entscheidend sei, jegliche Vorgangsweise gemeinsam zu tragen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 13.05 Uhr. (Schluß) red

## **Brückenabbrucharbeiten in der Wienerbergstraße**

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Nach umfangreichen Vorarbeiten wird im 12. Bezirk mit dem Abbruch der Brücke über die Pottendorferlinie — im Zuge des Ausbaues der Wienerbergstraße (B 225) — begonnen. Der Stahlbetonbogen über der Pottendorferlinie und das Stahlbetonplattentragwerk über der „Badner Bahn“ werden dabei in möglichst große Teile zerlegt und mit der Bahn abtransportiert. Dadurch kann der Lärm bei einer sonst üblichen weitergehenden Zerkleinerung für den Abtransport mittels LKW vermieden werden.

Eine gewisse Lärmerregung erscheint allerdings kaum vermeidbar: Wegen der Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs, dem notwendigen Einhalten der betriebsfreien Zeit der „Badner Bahn“ und der Straßenbahnlinie „64“ sowie der Beachtung der wenigen Zugspausen auf der Pottendorferlinie und der Oswaldschleife der ÖBB kann ein Teil der Arbeiten nur in der Nacht durchgeführt werden.

Die angeführten Arbeiten werden in der kommenden Woche beginnen und — entsprechende Witterung vorausgesetzt — ungefähr vier Wochen dauern. Bei der südlichen Brückenhälfte sind die gleichen Maßnahmen für den Spätherbst 1988 vorgesehen. (Schluß) pz/rr

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Anschließend begann unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) die Gemeinderatssitzung mit einer Fragestunde.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erkundigte sich in der ERSTEN ANFRAGE nach dem Ergebnis der Überprüfung, die hinsichtlich der Gehälter der Vorstandsdirektoren der „Gaskoks“ durchgeführt wurde. Die beiden Direktoren verdienen jeweils 4,2 Millionen Schilling jährlich. Bürgermeister Dr. ZILK erläuterte, daß Wien über die Stadtwerke nur Minderheits-Eigentümer an der Gaskoks ist. Dennoch habe nach einer Überprüfung von den Wiener Delegierten im Aufsichtsrat erreicht werden können, daß die Valorisierung der Gehälter eingestellt wurde. Wien werde für den Fall des Abschlusses neuer Verträge nach dem Auslaufen der bestehenden darauf drängen, daß eine akzeptable Gehaltsregelung gefunden wird.

In der ZWEITEN ANFRAGE fragte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann die noch offenen politischen Entscheidungen zur Sanierung von EBS und Hauptkläranlage getroffen werden. Sie seien Voraussetzung für den Abschluß der Planungsarbeiten, der entgegen den ursprünglichen Ankündigungen noch immer nicht erfolgt sei. Bürgermeister Dr. Zilk erinnerte daran, daß die Arbeiten zur Rauchgasreinigung aus Drehrohr- und Wirbelschichtöfen, für die Abwasseraufbereitung, Schlammmentwässerung und für die Pilotanlage einer späteren Erweiterung der Kläranlage bereits fertiggestellt wurden. Weitere Entscheidungen hängen eng mit der Errichtung eines Kraftwerks an der Donau weiter stromabwärts zusammen. Es bestehe kein Zeitdruck hinsichtlich der Zielvorgaben für die Kläranlagen-Erweiterung, für allfällige zusätzliche Verbrennungskapazitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Spitalsmüll. Auf eine Zusatzfrage ergänzte Zilk, es gebe keine Absicht, die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig aufzulassen oder abzusiedeln.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob weiterhin die Auffassung vertrete, daß die Finanzierung einer Weltausstellung in Wien im Jahr 1996 durch private Sponsoren erfolgen müsse, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß er das in dieser Form niemals gesagt habe. Er habe sich jedoch stets für ein optimales Finanzierungskonzept mit einer ebenfalls optimalen Beteiligung privater Sponsoren eingesetzt. Näheres könne man erst sagen, wenn die Themen der Ausstellung, die Aufteilung zwischen Wien und Budapest, die bauliche Gestaltung und die Nutzung nach der Ausstellung sowie weitere Fragen geklärt seien. Zilk bezifferte die bisherigen Gesamtkosten für vorbereitende Maßnahmen zur Ausstellung mit 1,8 Millionen Schilling. Im diesjährigen Budget seien 5,6 Millionen vorgesehen, wobei auch eine Begutachtung durch ein international renommiertes Institut in dieser Summe inkludiert sei.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP), ob durch Subventionen oder Inserate geförderte Publikationen auf ihre Inhalte überprüft würden, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß dies natürlich bei Eigenpublikationen oder bei Publikationen des PID der Fall sei, bei anderen Publikationen im Jugendbereich jedoch nicht gehandhabt werde. Diese würden damit ebenso behandelt wie andere Medien, etwa Tageszeitungen. Im speziellen Fall eines Schülerkalenders sei man aufgrund der Inhalte der diesjährigen Ausgabe zum Entschluß gekommen, in der Ausgabe des nächsten Jahres nicht zu inserieren.

Die FÜNFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. FREITAG (SPÖ), ob sich die aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Teletheater auf die Abrechnung des Wiener Sommers 1987 ausgewirkt hätten, sagte StR. Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß dies im Moment nicht gesagt werden könne, da trotz mehrmali-

ger Urgenz noch keine Abrechnung vorliege. Bis jetzt seien der Teletheater fünf Millionen Schilling akontiert worden, 1,374 Millionen stünden bereit, um nach Vorlage der Abrechnung und nach entsprechendem Bedarf ausbezahlt zu werden. Die Abrechnungen der Teletheater seien regelmäßig vom Kontrollamt geprüft worden. Die Unregelmäßigkeiten schienen eher im Zusammenhang mit den Mörbischen Seespielen zu stehen. Grundsätzlich sei die Teletheater in der Lage, diese kulturell- und fremdenverkehrs- politisch wichtige Aktivität auch im Sommer 1988 durchzuführen, sagte Dr. Pasterk auf eine entsprechende Zusatzfrage.

Es sei richtig, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten im Dezember bereits feststehende Straßenbaumittel für Wien gekürzt habe, sagte StR. HATZL auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ). Dies betreffe eine Größenordnung von rund 84 Millionen Schilling und werde, wenn nicht eine Sicherstellung für die Beträge 1988 erfolge, terminliche Verzögerungen bei Straßenneubauten und bei der Straßenerhaltung verursachen.

Zur ACHTEN ANFRAGE von GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) über seine Beurteilung der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten aus der Sicht des Fremdenverkehrs sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), diese seien ein geringeres Problem als die Öffnungszeiten von Restaurations- und Gaststättenbetrieben. Diese hätten besonders um die Weihnachtszeit die ihnen offenstehenden Möglichkeiten nicht wahrgenommen. Zur Frage der Fremdenverkehrszonen und ihrer Einführung zur Weltausstellung sagte MAYR, er hege die Hoffnung, die Sozialpartner würden in den noch verbleibenden Jahren bis zur Weltausstellung Möglichkeiten zur Flexibilisierung finden.

Zur NEUNTEN ANFRAGE von GR. HUFNAGL (SPÖ) über eine Sperre von 155 Millionen Schilling beim U-Bahn-Bau sagte Vizebürgermeister MAYR, im Budgetvoranschlag 1988 des Bundes sei keine Überweisung des ausstehenden Betrages aus der Nahverkehrsmilliarde bedeckt. Dies würde eine einseitige Vertragsveränderung beim Schienenverbundvertrag und eine Verzögerung bei einem Teil der geplanten Arbeiten im U-Bahn-Bereich bedeuten. Die Arbeiten würden um etwa drei Monate länger dauern. Er hoffe jedoch, die Situation im Verhandlungswege klären zu können.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), ob drohende weitere Kürzungen bei der Neuanschaffung von Büchern abgewendet werden können, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß durch ein besseres Verleihsystem der vorhandene Buchbestand effizienter ausgenutzt werden könne. Es gehe in den städtischen Büchereien nicht nur um den Buchverleih, sondern auch um die Leseförderung und Leseerziehung. Der Bildungsauftrag könne daher erfüllt werden. Sie halte es nicht für klug, auf das Jungbürgerbuch zu verzichten. Im kommenden Jahr werde dafür die „Wien-Chronik“ vorgesehen.

#### **Rücktritt Stadtrat Braun**

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab in einer kurzen Mitteilung den Rücktritt von StR. Helmut BRAUN bekannt. Als Nachfolger von Helmut Braun schlug Zilk den SPÖ-Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL vor.

#### **Neuer SPÖ-Gemeinderat**

Der designierte Stadtrat Dr. Michael HÄUPL hat sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde Franz RIEPL als neuer Gemeinderat angelobt.

#### **Wahl von Stadtrat Häupl**

Dr. Michael HÄUPL wurde in einer geheimen Abstimmung zum Stadtrat gewählt. Von 92 abgegebenen Stimmen entfielen 63 Ja-Stimmen auf ihn.

Forts. von Blatt 160

Forts. auf Blatt 162

In einer kurzen Sitzungsunterbrechung tagte der Stadtsenat, in dem StR. Dr. Häupl zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport vorgeschlagen wurde. In dieser Funktion wurde Dr. Häupl vom Gemeinderat einstimmig gewählt.

#### **Mitteilung von Stadtrat Edlinger zur Stadterneuerung**

StR. EDLINGER (SPÖ) nahm das dreijährige Bestehen des Wohnhaussanierungsgesetzes und des Wiener Stadterneuerungsfonds zum Anlaß für eine Mitteilung an den Wiener Gemeinderat. Edlinger zeigte an Hand aktueller Zahlen die positive Entwicklung der Stadterneuerung auf. So seien in den letzten drei Jahren etwa 1.500 Anträge zur Förderung von Wohnhaussanierungen empfohlen worden. Diese umfassen ein Bauvolumen von nicht weniger als 10,4 Milliarden Schilling. Derzeit ist etwa ein Drittel der Projekte in Bau. Die Stadterneuerung sei damit in Wien zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden.

Edlinger drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Stadterneuerung in Wien in konstruktiver Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolge. Dieses „Wiener Modell einer sanften Stadterneuerung“ sei mittlerweile international vorbildlich. Um auch künftig diese Entwicklung fortzusetzen und den sozial Schwächsten die stärkste Unterstützung zukommen zu lassen, müßten angesichts der Begrenztheit der finanziellen Mittel neue Förderungsmodelle gefunden werden. Die Rahmenbedingungen für eine qualitätsvolle Stadterneuerung würden allerdings auch durch das Steuersystem mitbestimmt. Ohne investitionsfördernde Steuermaßnahmen werde man auch in Zukunft nicht auskommen, unterstrich Edlinger. Edlinger rief dazu auf, die „Zukunftsaufgabe Stadterneuerung“ frei von parteipolitischer Polemik zu halten und die Diskussion fair und sachlich zu führen.

#### **Mitteilung von Stadtrat Sallaberger über den Abschluß des Donauraum-Wettbewerbes**

StR. SALLABERGER (SPÖ) berichtete dem Gemeinderat kurz über den Abschluß des Donauraum-Wettbewerbes. Der Einsatz der Mitarbeiter der Stadt Wien, die diesen Wettbewerb vorbereitet und betreut haben, sei von den internationalen Experten besonders gewürdigt worden, betonte Sallaberger. (Die RK berichtete am Donnerstag über das Ergebnis des Wettbewerbs, eine ausführliche Dokumentation wird vorbereitet.)

#### **Neuer Flächenwidmungsplan in Meidling**

GR. HAAS (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan im Bereich Breitenfurter Straße/Hetzendorfer Straße in Meidling.

GR. Mag. KARL (ÖVP) erklärte, seine Fraktion lehne den Entwurf ab, weil die in Aussicht genommene Bebauung zu groß sei und einen zusätzlichen Verkehrserreger bedeute, da sie an einem neuralgischen Verkehrsknoten liege, der besser als Park-and-Ride-Standort geeignet wäre und weil außerdem für diesen Bereich an der Kreuzung Breitenfurter Straße/Altmannsdorfer Straße ein Konzept für eine großzügige Kreuzungsgestaltung fehle. Mag. Karl schlug vor, die Trasse der Straßenbahnlinie „62“ an die Südbahntrasse zu verlegen sowie das Plangebiet zu teilen.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) erklärte, für das Plangebiet gelte derzeit die Widmung „Geschäftsviertel“. Die Bauklasse VI erlaube eine Ausnutzung mit einer Bebauung von 50 Meter Höhe. Der Grundeigentümer habe jedoch einer Umwidmung zugestimmt, wodurch die Höhe der Bebauung 25 Meter nicht übersteigen dürfe und damit eine Angleichung an die übrige Bebauung in diesem Kreuzungsbereich erfolge. An der Schnellbahnstation sollen Garagen und Abstellplätze entstehen.

**ABSTIMMUNG:** Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 161

Forts. auf Blatt 163

**Subvention für selbstverwaltete Kommunikationszentren**

GR. HANKE (SPÖ) beantragte die Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren und von Gruppen im Alternativbereich sowie von alternativen Projekten in der Gesamthöhe von 4,587.000 Schilling.

GR. PROCHASKA (ÖVP) wandte sich gegen die Subventionierung des Amerlinghauses in der Höhe von 2,25 Millionen Schilling. Die bisherige Geschichte dieses Hauses beweise, daß die Subventionen hier nicht sorgfältig verwendet würden, sagte Prochaska. Seitens des Amerlinghauses sei kein Nachweis über eine diskussionswürdige Programmplanung erbracht worden, das Haus stelle jedoch eine Plattform für verschiedene Agitationsgruppen dar. Prochaska sprach sich für eine getrennte Abstimmung des Aktes aus.

GR. FAYMANN (SPÖ) legte in seinem Beitrag ein Bekenntnis zur Toleranz und Offenheit auch gegenüber alternativen Gruppen ab. Faymann sagte, es sei immer das Ziel der SPÖ gewesen, gegenüber allen Gruppen gesprächsbereit zu sein, sich mit Inhalten auch dann auseinanderzusetzen, wenn diese nicht in Einklang mit der eigenen Meinung stehen. Der Tätigkeitsbericht des Amerlinghauses weise verschiedene Initiativen und Veranstaltungen aus, die eine Subvention in der geplanten Höhe rechtfertigten.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für das Amerlinghaus wurde nur mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Rest des Antrages wurde einstimmig beschlossen.

**Fahrkostenersatz für Gehörlose**

GR. KÖNIG (SPÖ) beantragte einen 50prozentigen Kostenersatz für Fahrausweise für Gehörlose durch das Sozialamt. Erhalten sollen diesen Fahrkostenersatz jene, deren Einkommen unter der im Wiener Behindertengesetz festgelegten Grenze liegt und die keinen sonstigen Anspruch auf Ermäßigung haben. Der Kostenaufwand beträgt rund 850.000 Schilling.

Der Beschluß eines 50prozentigen Kostenersatzes stelle die halbe Realisierung eines langjährigen Anliegens der ÖVP dar, erklärte GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP). Die Gehörlosen hätten ein großes Kommunikations- und Informationsmanko, das in ihren Verständigungsschwierigkeiten mitbegründet liege. In vielen Fällen sei es nicht möglich, zu telefonieren, weshalb zahlreiche Dinge direkt erledigt werden müssen. Rauch-Kallat wies auch auf einen Antrag der ÖVP zur Herabsetzung des Anspruchshalters für die Blindenbeihilfe hin, den ihre Fraktion im Landtag eingebracht hat.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

**Bescheide des Gemeinderates**

Vier Bereiche des Gemeinderats waren Anlaß zu einer Grundsatzdebatte über die Dauer behördlicher Verfahren und die Funktion des Gemeinderates als Berufungsinstanz. Der Berichterstatter GR. JANK (SPÖ) stellte fest, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß die betroffenen Dienststellen einstimmig gerügt habe.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) sprach von einem Schildbürgerstreich der Behörde und von einem Leidensweg der Bürger. Jeder, der einen Antrag stellt, habe das Recht auf eine Abwicklung des behördlichen Verfahrens in einem akzeptablen Zeitraum.

GR. Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) meinte, neben diesen vier Fällen gebe es noch zahlreiche andere. Prof. Welan sprach von einem Mißstand in der Verwaltung. Man müsse aus solchen Fehlern lernen, und er erwarte sich, daß der Bürgermeister als Chef der Verwaltung sich bei den betroffenen Personen entschuldigen werde. Prof. Welan regte weiter an,

Forts. von Blatt 162

Forts. auf Blatt 164

diese vier Fälle in der Verwaltungsakademie als Anschauungsmaterial dafür zu benutzen, wie es nicht sein sollte.

GR. Mag. ZIMA (SPÖ), stellte grundsätzlich die Frage, ob der Gemeinderat der Aufgabe als Berufungsinstanz gerecht werden könne. Bei einigen dieser Fälle sei das Recht auf eine behördliche Entscheidung verweigert worden, das dürfe künftig nicht geschehen. Die heutige Entscheidung könne daher nur formaljuridisch betrachtet werden.

**ABSTIMMUNG:** Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

### **Wahl von Aufsichtsräten**

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Wahl von Aufsichtsräten in der städtischen Versicherung bzw. eines Sparkassenrates der Zentralsparkasse. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß seine Fraktion aus prinzipiellen Gründen gegen die Entsendung von Politikern in gemeindenahe Institutionen sei. Wenn Gemeindepolitiker als Aufsichtsräte der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt oder als Mitglieder des Sparkassenrates der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien in Funktion treten, so müßten sich automatisch Interessenskollisionen ergeben. So hätten die bisherigen Vertreter beispielsweise gegen überhöhte Zinsen bei Wohnungsverbesserungsdarlehen oder gegen überhöhte Kfz-Haftpflichtprämien auftreten müssen. Die Politiker sollten daher auf derartige Entsendungen verzichten und fachkundige Personen ihres Vertrauens dafür delegieren. Dr. Hirnschall betonte, daß sich die Kritik nicht gegen die vorgeschlagenen Personen richtet.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erhob die Frage, was als gemeindenahe Institution zu gelten habe. Beispielsweise entsendet die FPÖ Politiker in den Wirtschaftsförderungs- und den Stadterneuerungsfonds. Dies sei sinnvoll, da es Aufgabe der Politiker sei, dort die Interessen der Stadt zu vertreten und neben betriebswirtschaftlichen auch kommunalpolitische Überlegungen einzubringen.

**ABSTIMMUNG:** Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN und Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP als Mitglieder des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Versicherung gewählt. Ing. Fritz HOFMANN wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP als Mitglied des Sparkassenrates der Zentralsparkasse gewählt.

### **Ambulanzverträge**

Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) beantragte den Abschluß von Verträgen mit den Sozialversicherungsträgern über die Abgeltung von Ambulanzleistungen in Spitälern der Stadt Wien. Künftig ist für die Inanspruchnahme einer Spitalsambulanz der Überweisungsschein eines praktischen Arztes oder ein Facharztschein erforderlich. Wien und die Sozialversicherung treffen in den Verträgen eine Vereinbarung, durch die Wien mehr Geld für Ambulanzleistungen erhält. Ziel sei es auch, die Patienten verstärkt dazu zu motivieren, niedergelassene Ärzte in Anspruch zu nehmen. Durch eine erwartete Senkung der Frequenz in den Ambulanzen wird auch eine Kostenreduzierung erwartet.

Gr. Karin LANDAUER (FPÖ) meinte, mit diesen Verträgen werde das Defizit in diesem Bereich weiter steigen, weil die Zahl der Ambulanzpatienten zunehmen werde. Sie fürchtet einen Trend von den Fachärzten zu den Ambulanzen. Ihrer Ansicht nach sollten Fachärzte Dienste rund um die Uhr einrichten.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) vertrat die Ansicht, die Ambulanzverträge seien nur eine Geldbeschaffungsaktion. Das Nebeneinander von niedergelassenen Ärzten und Ambulanzen werde fortgeschrieben. Durch die Vereinbarungen werde keine Kostendeckung erreicht, während gleichzeitig die

Forts. von Blatt 163

Forts. auf Blatt 165

Spitäler einen enormen Verwaltungsaufwand leisten müßten, der zu einem Kollaps führen könnte. Es sei zu kritisieren, daß die Ambulanz-Inanspruchnahme auch durch Facharztschein möglich sei. Die Konkurrenzfähigkeit der niedergelassenen Ärzte werde sinken, die Patienten würden wegen der vierteljährlichen Geltungsdauer der Krankenscheine an die Ambulanzen „gewöhnt“, zumal keine Rücküberweisung an niedergelassene Ärzte vorgesehen sei. Es sei eine ausgeglichene Versorgung mit niedergelassenen Ärzten notwendig. Gruppenpraxen und andere attraktive Praxisformen sollten gefördert werden — jetzt würden sie von Ärztekammer und Krankenkasse defensiv behandelt. Auch sollten die Praxiszeiten verbessert werden. Ganz allgemein gingen die Verträge zulasten der niedergelassenen Ärzte, schloß Dr. Rasinger.

GR. DINHOF (SPÖ) bekannte sich dazu, die Patienten nicht zu gängeln und ihnen die freie Wahl der ärztlichen Versorgung zu bieten. Die niedergelassenen Ärzte sollen, so Dinhof, mehr in Anspruch genommen werden, zumal sie auch räumlich leichter erreichbar sind. Verbesserungswürdig seien die Ordinationszeiten. Die Frequenz in den Ambulanzen sei ein Votum der Patienten für diese Form der Versorgung. Nicht nur die Krankenkasse, sondern auch die Ärztekammer verhindern, sagte Dinhof weiter, zusätzliche Facharzt-Kassenverträge.

GR. Dr. STEYRER (SPÖ) bezeichnete die Ambulanzverträge als wichtige Schritte einer modernen Gesundheitspolitik. Steyrer konzidierte in diesem Zusammenhang eine gewisse Konkurrenzsituation der Ärzteschaft und sprach sich für neue Formen wie etwa Gruppenpraxen aus. Generell solle der praktizierende Arzt seine zentrale Rolle im Gesundheitssystem behalten.

Vbgm. MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Ambulanzen eben den Patienten jederzeit zur Verfügung stehen und damit eine wichtige Funktion für akute Krankheitsfälle erfüllen.

ABSTIMMUNG: Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Ambulanzverträge AKH**

GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) beantragte eine Änderung des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahr 1986 betreffend die Verrechnung bestimmter Ambulanzleistungen im AKH. Für die Zeit ab 1. Jänner 1988 werden die Einnahmen der Ambulanzen für Sonderleistungen nicht an die Kliniken verrechnet. Diese Leistungen betreffen Dialysebehandlungen sowie den Bereich der Humangenetik.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) kritisierte diesen Antrag, der „ohne Rücksprache mit den Betroffenen und in ungerechtfertigter Eile zustande gekommen sei“.

Diese Art der Einzelverrechnung, erklärte GR. SCHIEL (SPÖ), gewährleiste, daß die Investitionen der Stadt Wien in die Ambulanzen auf dem Wege der Verrechnung von Sonderleistungen wenigstens teilweise abgegolten werden. Man habe bei den Einzelleistungen in Ambulanzen mit einem Kostendeckungsgrad von rund 22 Prozent zu rechnen.

Den Ambulanzen entstünden durch diese Regelung keine Mindereinnahmen, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ). Die Dialysebehandlung sei bisher als stationäre Behandlung verrechnet worden, nun sei gesichert, daß die Stadt Wien eine Honorierung dieser an sich nur ambulanten Leistung erhalte. Die Regelung bedeute keine Ausweitung der Ambulanzen zu Ungunsten der Kliniken, unterstrich Stacher.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 164

Forts. auf Blatt 166

**Anleihe und Kreditschulden**

GR. FREITAG (SPÖ) stellte den Antrag, den Magistrat zu ermächtigen, zur vorzeitigen Rückzahlung von Anleihen und Kreditschulden, zur Finanzierung des Voranschlags der Stadt Wien und des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke und zur Deckung temporärer Liquiditätsengpässe entsprechende Finanzoperationen auf dem Kapitalmarkt durchzuführen.

GR. STRATIL (ÖVP) forderte eine Aufschlüsselung nach Hoheitsverwaltung und Stadtwerken. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke sei nicht korrespondierend mit dem Budgetvoranschlag. Stratil vermutete dabei eine Verlustserhöhung, um den enormen Gewinn bei Gas- und E-Werken abzubauen. Er forderte eine konsumentenfreundlichere Tarifpolitik und verwies auf den dringlichen Antrag der ÖVP, in dem eine Senkung der Strompreise um zehn Prozent rückwirkend ab 1. Jänner 1988 sowie eine Senkung der Gaspreise um zehn Prozent ab dem 1. Februar gefordert wird.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

**Hauswandzeitung der Stadt Wien**

GR. Maria PAUL (SPÖ) beantragte die Herstellung der Wiener Hauswandzeitung mit Gesamtkosten von 6,58 Millionen Schilling.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, daß die FPÖ der Absicht, die Hauswandzeitung der Stadt Wien in neuer Form herzustellen und zu affichieren, nicht zustimmen werde. Die FPÖ lehne dieses Medium vor allem deshalb ab, weil es bestenfalls die Hälfte der Bürger erreiche. Und diese Informationen könnten wesentlich billiger und zweckmäßiger in der Postwurfsendung „Unser Wien“ untergebracht werden.

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß der Akt bis jetzt unvollständig sei, und führte mehrere Argumente gegen die Hauswandzeitung an. Da das Produkt nur in einer geringen Zahl von Gebäuden affichiert werden könne, dennoch sehr teuer sei, spreche sich die ÖVP grundsätzlich gegen diese Hauswandzeitung aus. Weiters kritisierte Fürst die Art der Ausschreibung und die weit höheren Kosten als bisher. Obwohl nur ein einziges Angebot eingegangen sei, wurde die Ausschreibung nicht wiederholt. Die Preisangemessenheit sei also ohne Vergleich mit anderen Angeboten festgestellt worden. Schließlich sei die Vergabe dieses Auftrages für mehrere Jahre erfolgt, obwohl sich die anbietende Firma erst nachträglich dafür interessierte.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien niemals in irgendeiner Weise parteipolitischen Mißbrauch mit seinen Produkten betrieben habe. Es bestehe das Bemühen, mit der Hauswandzeitung auch in private Häuser zu kommen. Bemerkenswert sei, so Riedler, daß die ÖVP im Gemeinderatsausschuß die Hauswandzeitung zunächst nicht grundsätzlich abgelehnt habe und diese auch von Bezirksvorstehern dieser Partei begrüßt werde. Tatsache sei weiters, daß der Druck, die Auslieferung und Affichierung von 23 Bezirksausgaben dieser Zeitung einen weit höheren Aufwand als bisher erfordern. Riedler stellte schließlich fest, daß die ÖNORM eine freihändige Vergabe nach Aufhebung einer erfolglosen Ausschreibung erlaube, was in diesem Fall auch geschehen sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

**Rohrnetz-Erneuerung**

GR. STOCKINGER (SPÖ) beantragte 61 Millionen Schilling für die Erneuerung des Wasserrohrnetzes im 1. Bezirk. Stockinger erklärte, daß gleichzeitig Rohrauswechslungen in insgesamt 21 Wiener Bezirken beschlossen werden sollen — ein Programm, das 15 Jahre in Anspruch

Forts. von Blatt 165

Forts. auf Blatt 167

nehmen werde. Die Aufwendungen dafür betragen insgesamt rund 2,4 Milliarden Schilling.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) sagte, dies entspreche einer alten Forderung der ÖVP. Hätte man sie schon damals, 1977, aufgegriffen, dann wären die Kosten der Instandsetzung durch vermiedene Wasserverluste kompensiert worden. Die nun vor der Einleitung stehende Pfannbauernquelle entspreche der halben Wassermenge, die in Wien versickert. Auch seien die Versickerungsverluste bei der 1. Hochquellenleitung beachtlich. Die 2. Hochquellenleitung sei ebenfalls sanierungsbedürftig. Das würde jedoch mehrere Wochen in Anspruch nehmen und sei nicht möglich, weil die 3. Wiener Wasserleitung noch immer nicht in Betrieb sei. In einem ANTRAG verlangte Neubert, daß die Instandsetzung und Erneuerung von Wasser- und Kanalrohren jeweils gleichzeitig in den einzelnen Gebieten erfolgen müsse. Die Bezirksvorsteher sollten in die Aufgrabungskoordination einbezogen werden. Bei allen Aufgrabungen soll in Zukunft noch besser koordiniert werden, um auf diese Weise die Bauzeit zu verkürzen.

GR. REITER (SPÖ) erklärte, Wien werde in einem Jahr die einzige Millionenstadt der Welt sein, die in Normalzeiten zur Gänze mit Quellwasser versorgt wird. Für Rohrausbau und -instandsetzung würden laufend beträchtliche Mittel ausgegeben. Hohe Wasserverluste kommen durch alte Graugußrohre und deren Tausende Verbindungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg zustande. Diese Rohre sollen jetzt ausgetauscht werden.

GR. STOCKINGER fügte in seinem Schlußwort hinzu, daß Wien bereits seit 15 Jahren die Wasserverluste erfolgreich bekämpft. Er unterstrich die Wichtigkeit der Mitwirkung der Bezirksvorsteher an der Koordinierung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### **Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk**

GR. LUSTIG (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk um 39 auf nunmehr insgesamt 127 Millionen Schilling.

GR. FUCHS (ÖVP) wertete die erhöhten Kosten als Beweis für die Konzeptlosigkeit der Renovierungsarbeiten. Es habe keine Untersuchungen vor der Renovierung gegeben, die begleitende Kontrolle lasse zu wünschen übrig. Die Folgen seien verärgerte Mieter und erhöhte Kosten für den Steuerzahler. Fuchs forderte in diesem Zusammenhang im Sinne eines Antrages, den die ÖVP bereits vor einigen Monaten gestellt hat, ein Konzept für die Beseitigung von Bauschäden an städtischen Wohnhausanlagen.

GR. FAYMANN (SPÖ) entgegnete, daß Am Schöpfwerk vor allem die beste Lösung für die Mieter gesucht und gefunden wurde. Dies sei der Fenstertausch, der sich auch als wirtschaftlich günstige Lösung erwiesen habe. Es gebe keine Kosten für die Mieter, eine rasche Abwicklung der Arbeiten sei durch eine funktionierende begleitende Kontrolle gewährleistet. Auf die Bauschäden beziehend wies Faymann darauf hin, daß sich der Stand der Technik in den letzten Jahren und Jahrzehnten international gravierend verändert habe.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

#### **Friedhofstarife**

GR. DAMPIER (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Tarife für Bestattungsanlagen und der Preise der städtischen Friedhofsgärtnereien.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte, daß trotz der vom Steuerzahler subventionierten Dumpingpreise die städtischen Friedhofsgärtnereien nicht mit wettbewerbsgerechten Angeboten aufwarten könnten.

Forts. von Blatt 166

Forts. auf Blatt 168

Das Preisniveau bei den Bestattungsentgelten sei sehr gut kalkuliert, sagte GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Mit Ausnahmen seien die Preise ohnehin nicht sehr sozial, weshalb seine Fraktion die Tarifierhöhung ablehne. Die städtischen Friedhofsgärtnereien schreiben trotz alljährlicher Preiserhöhungen Verluste in einer Größenordnung von rund 20 Millionen Schilling. GR. Hauburger stellte einen ANTRAG auf Privatisierung der städtischen Friedhofsgärtnereien.

Die städtische Friedhofsverwaltung, argumentierte GR. Josefa TOMSIK (SPÖ), habe auch die Aufgabe, Grünanlagen, Ehren-, Kriegsopfer- und Widmungsgräber zu betreuen. Tomsik wies in diesem Zusammenhang auf die Sanierung und Reaktivierung der Sperrfriedhöfe sowie auf den Um- und Neubau von Aufbahrungshallen hin. Zu den Friedhofsgärtnereien sagte Tomsik, sie lägen 30 bis 60 Prozent unter dem Preisangebot privater Firmen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

#### **Zuschuß für die Mischek-Fertigbau AG**

GR. FREITAG (SPÖ) stellte den Antrag, das 1982 der Firma Mischek Fertigbau AG und der WBG WohnbaugesmbH. gewährte Darlehen in nicht-rückzahlbare Zuschüsse umzuwandeln. Es handelt sich um 22 Millionen an die Firma Mischek und 5,5 Millionen an die WBG.

Er könne nicht akzeptieren, daß der Steuerzahler für die Spekulationsverluste eines Unternehmens aufkomme, betonte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ).

Die Lösung sei unbefriedigend, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Der Akt enthalte außerdem eine Fülle von Ungereimtheiten. Der Finanzstadtrat habe den Gemeinderat vor vollendete Tatsachen gestellt, das Ganze sei ein Fall für das Kontrollamt.

Bei der Darlehensgewährung sei es darum gegangen, Schaden von den Wohnungswerbern und von den Mitarbeitern abzuwehren, betonte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Sowohl der Bund als auch das Land Niederösterreich hätten das Darlehen ebenfalls in einen nicht rückzahlbaren Zuschuß umgewandelt. Er betrachte das als einen Beitrag zu einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Debatte über Mitteilung zur Stadterneuerung**

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) begründete ihren Antrag auf eine Besprechung der Mitteilung von Stadtrat Edlinger damit, daß vor allem die Frage der Finanzierung des Wohnbaus und der Stadterneuerung als Grundlage für die Entwicklung und Sicherung der Wohnungspolitik zu diskutieren sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß nach einer Phase der Verpolitisation des Wohnbaus und der Stadterneuerung nun ein Umdenken und positive Schritte erkennbar sind. Er begrüße die Absicht, das Kuratorium des Stadterneuerungsfonds mit Interessensvertreter zu besetzen. Weitere Schritte sollten in einer Berichtspflicht des Fonds gegenüber dem Gemeinderat und in klaren Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Geschäftsführer des Fonds bestehen. Die FPÖ verstehe darüber hinaus unter liberaler Wohnungspolitik mehr Subjektförderung und ein Zurückdrängen der Macht von Bauträgergesellschaften. Pawkowicz sprach sich gegen eine Zuteilung von Wohnbauförderungsmitteln nach dem Parteienproporz und für eine Möglichkeit der Prüfung von Wohnbaugesellschaften durch das Kontrollamt der Stadt Wien aus.

Forts. von Blatt 167

Forts. auf Blatt 169

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) gab einen Rückblick über die Entwicklung der Stadterneuerung in Wien. Als erste Phase bezeichnete er jene der Gesetzesfindung mit Wohnbauförderungsgesetzen und Stadterneuerungsverordnungen, in der es auch um eine Koppelung zwischen baulichen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten ging. In der zweiten Phase, der Organisationsphase, wurde das Instrumentarium für eine Realisierung der Stadterneuerung außerhalb der Strukturen der Stadtverwaltung entwickelt. Der mühevollen Weg sei erfolgreich beschritten worden, es sei gelungen, administrative, organisatorische und finanzielle Gefüge zu finden, Impulse für die Wirtschaft, private Hauseigentümer und Mieter auszulösen. Die Finanzierung stoße nach Angabe des Wohnbaustadtrates an Grenzen, und es sei verantwortungsbewußt, rechtzeitig darauf hinzuweisen. Für die Zukunft müsse man Prioritätensetzungen überlegen. Die Verlängerung der Wohnbauförderung bedeute für Wien ebenso eine enorme Verantwortung wie eine Jahrhundertchance. Erstmals haben die Länder die Möglichkeit, auf ihre spezifischen Probleme Rücksicht zu nehmen. Neu diskutiert werden müsse die Frage der Stadterneuerungsgebiete, wo die Form der Gebietsbetreuung überdacht werden sollte.

GR. KAMMERER (SPÖ) sagte, daß bereits 1987 ein Rekordjahr für die Stadterneuerung gewesen ist. 1988 sind Wohnhaussanierungen möglich, bei denen ein Bauvolumen von drei Milliarden Schilling bewegt wird und 5.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Weiters sind auch Verbesserungsarbeiten an Wohnbauten und die Arbeiten im Bereich der Altstadterhaltung der Stadterneuerung zuzurechnen, sagte Kammerer. Über die unmittelbare Stadterneuerung hinaus führte Kammerer die Verbesserung der Wohnumgebung, die Infrastrukturmaßnahmen für den Verkehr und für mehr Grün in der Stadt als wesentliche Aufgaben an, die im Sinne der Stadterneuerung bereits große Erfolge gebracht haben und weiter zu verfolgen sind.

Der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds habe seit seinem Bestehen Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtwert von 10,4 Milliarden Schilling zur Durchführung empfohlen, sagte StR. EDLINGER (SPÖ). Administrative Probleme wurden beseitigt, die notwendigen Prüfverfahren verkürzt. Problematisch entwickle sich aber zunehmend das derzeitige Förderungssystem. Angesichts der Kürzung der Förderungsmittel müßten im Rahmen der Steuerreform zumindest zusätzliche investitionsfördernde Anreize bestehen bleiben. Edlinger wies auch darauf hin, daß zur Förderung der Wohnhaussanierung alle nur möglichen geistigen und fachlichen Ressourcen genützt werden müßten. So seien 1987 von den 450 Wohnhaussanierungen 190 durch freie Architekten und Zivilingenieure geprüft worden. StR. Edlinger dankte für die Bereitschaft aller Fraktionen, an der künftigen Entwicklung der Stadterneuerung mitzuarbeiten.

### **Dringlicher Antrag der ÖVP**

Die ÖVP-Gemeinderäte STRATIL und NETTIG brachten einen dringlichen Antrag ein, den Wiener Strompreis rückwirkend ab 1. Jänner 1988 um 10 Prozent zu senken. Auch der Gaspreis soll ab 1. Februar um 10 Prozent niedriger, und die Strom- und Gaspreiskalkulationen sollen offengelegt werden.

In seiner Begründung des Dringlichen Antrages betonte GR. Stratil (ÖVP), es müsse verhindert werden, daß die Tarifschere zwischen Wien und Niederösterreich noch weiter auseinandergehe. Die Gaspreissenkung müsse noch während der heurigen Heizperiode verwirklicht werden. Außerdem liege es im Interesse der Konsumenten und einer transparenten Tarifpolitik, die Kalkulationsunterlagen offen auf den Tisch zu legen.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit mit Mehrheit zuerkannt.

Den Wiener Energiekunden werde von drei Seiten übel mitgespielt, sagte

Forts. von Blatt 168

Forts. auf Blatt 170

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ): von den Stadtwerken, vom Wirtschaftsminister und von der Bundes-ÖVP, die eine zusätzliche Energiesteuer fordere. Die Kalkulation der Stadtwerke sei ein Geheimvorgang, der von den Konsumenten nicht durchschaubar sei. Für Wien und Niederösterreich gelten die gleichen Einstandspreise, ein verschiedener Tarif sei daher abzulehnen. Schwere Vorwürfe erhob Dr. Hirnschall gegen Wirtschaftsminister Graf. Die amtliche Preisbehörde verhalte sich passiv, sei unfähig, eigene Kalkulationen durchzuführen. Wirtschaftsminister Graf müßte von amtswegen tätig werden. Den Vorschlag von ÖVP-Generalsekretär KUCKACKA, eine Energiesteuer einzuführen, bezeichnete Dr. Hirnschall als ein „Bundes-ÖVP-Torpedo“. Die Wiener ÖVP trete für eine saubere Preiskalkulation und für eine Weitergabe von Preisvorteilen an.

GR. STRATIL (ÖVP) verlangte eine Offenlegung der Kalkulationsunterlagen für die Preisgestaltung. Die Weigerung der Verantwortlichen bringe diese in das Zwielflicht, etwas verbergen zu wollen. Nach Meinung von Stratil hätte sich die kalkulatorische Abwertung der Rohstoffreserven auf den Preis auswirken müssen. In Niederösterreich könnten Bezieher kleiner Einkommen von günstigen Kleinstabnehmerpreisen profitieren. In Wien fehlt dieser soziale Aspekt. Die Preissenkungen sollten nicht zuletzt deshalb ehestens erfolgen, weil im ersten Quartal jeweils 43 Prozent des Jahresbedarfs von den Konsumenten verbraucht würden.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) wies darauf hin, daß im Bereich der Wiener Stadtwerke in den letzten Jahren bedeutende Kosten zu verkraften waren. Dies waren Kosten durch steigende Primärenergiepreise, aber auch Kosten durch den Ankauf von zunehmend größeren Mengen qualitativ hochwertiger Primärenergie. Zudem habe es in den vergangenen Jahren drei Preissteigerungen beim Verbundstrom gegeben, der in Wien einen Anteil an der Versorgung von über 40 Prozent hat. Der Umstand, daß allein 1987 400 Millionen Schilling für Umweltinvestitionen im Bereich der Wiener Stadtwerke ausgegeben wurden, erschwerte die Situation auf dem Verbraucherpreissektor. Dennoch seien die Wiener Stadtwerke mit ihren Leistungen nicht teurer als beispielsweise die Niederösterreichischen Energieversorgungsunternehmen. Um den Wiener Stadtwerken weiterhin ein ordentliches Wirtschaften zu ermöglichen, sollte der Gemeinderat die notwendigen finanziellen Voraussetzungen schaffen, schloß Huber.

Stadtrat HATZL (SPÖ) sagte, daß die Senkung der Strompreise in Niederösterreich in Wirklichkeit ein Nachziehen bezüglich der Wiener Tarife bedeutet. Generell habe die Strukturänderung der Verrechnung in Niederösterreich dem größeren Teil der Bezieher eine Verteuerung gebracht. Trotz des großen Kontingents an billigem Donaustrom liege das niederösterreichische Preisgefüge nicht unter dem Wiens. Zu den Einstandspreisen für Gas sagte Hatzl, daß es je nach Vertrag sehr wohl unterschiedliche Preise gebe und daß auch andere Bedingungen wie die Erhaltung des Gasrohrnetzes verschiedene Kosten verursachen. Generell hätte er nichts gegen einen einheitlichen Gas- und Strompreis für ganz Österreich einzuwenden, schloß Hatzl, die derzeitige Politik, die Wien in Energiefragen betreibt, ist jedoch sicherlich die richtige.

Die Sitzung schloß um 23.45 Uhr. (Schluß) red